

Was wird kommen?

Hat sich die Erzeugung und Verteilung der Güter nach dem Prinzip der freien Konkurrenz während der Kriegszeit als den Bedürfnissen der Landesverteidigung und Volksernährung angepaßt erwiesen oder müssen notwendig im Interesse der Landesverteidigung, des Staats- und Volkslebens Organisationsänderungen in sozialistischer Richtung vorgenommen werden?

Die Antwort auf diese Frage kann nicht zweifelhaft sein. Bestimmte Kreise der Industriellen mögen sich im Eigeninteresse gegen die Erkenntnis sträuben, daß der freie Wettbewerb versagt hat; den breiten Volksmassen sowie einem großen Teile der Gelehrtschaft, der Verwaltungsbürokratie und vor allem der Militärverwaltung dürfte denn aber doch der Krieg die Erleuchtung gebracht haben, vieles in unserem kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe bedürfe einer Umänderung!

Ganz abgesehen von allen Kriegserfahrungen, kann schon deshalb die wirtschaftliche Entwicklung nicht dort wieder einsetzen, wo sie vor dem Kriege stand, weil die kapitalistische Wirtschaft wesentlich anders aus dem Kriege herauskommt, als sie hineingegangen ist, und ganz andere Lebensbedingungen vorfindet. Bornehmlich wird schon bald nach Beendigung des Krieges die Bankfinanz eine weit größere Rolle spielen. Reich und Bundesstaaten, Kreise und Gemeinden, sie alle werden nach Anleihen schreien, um ihre während des Krieges aufgelaufenen Geldbedürfnisse zu befriedigen. Und nicht geringere Anforderungen werden Industrie und Handel stellen; denn die Rohstoffvorräte sind aufgearbeitet, die alte Lagerware ist abgestoßen, die Maschinerie ist zum großen Teil verschliffen. Die Bankfinanz erlangt aller Voraussicht nach im Wirtschaftsgetriebe eine ganz andere Bedeutung, als sie bisher gehabt hat, und mit ihrer Macht wächst die Abhängigkeit der Großindustrie und des Großhandels von ihr.

Ferner ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß, um die verbrauchten Kriegsmaterialien zu ergänzen und in ihrer Erzeugung von der Privatindustrie unabhängiger zu sein, die Heeresverwaltung auf Einrichtung neuer Militärbetriebe drängen wird, denen sich, da die enorme Kriegverschuldung in keinem Falle allein durch neue Steuern gedeckt werden kann, voraussichtlich die staatliche Monopolisierung einer Reihe Industriezweige anreihen wird.

Und ferner wird man kaum wie bisher die Versorgung der heimischen Industrie mit unentbehrlichen Rohstoffen dem Belieben des Einfuhrhandels überlassen. Der Staat wird auch dort regelnd eingreifen müssen, indem er das Halten gewisser Vorratsmengen anordnet, durch gesetzgeberische Maßnahmen und Subventionen den Anbau bestimmter Rohstoffe fördert, die Verwendung einzelner Materialien (zum Beispiel des Kupfers) zur Herstellung von gewissen Waren beschränkt oder verbietet und andererseits die Erzeugung oder den Export bestimmter Erzeugnisse, wie der Steinkohle, des Eisenerzes oder des Roheisens, unter staatliche Kontrolle stellt. Maßnahmen, die schon heute in Anbetracht der Syndizierung dieser Industriezweige leicht durchzuführen sind.

Selbstverständlich können und werden diese Maßregeln nicht über Nacht eingeführt werden; doch die Richtung der Entwicklung geht unzweifelhaft nicht auf eine Wiederherstellung der sogenannten Wirtschaftsfreiheit, sondern auf eine Unterordnung dieser Freiheit unter die staatlichen Lebens- und Machtbedingungen — auf die staatliche Organisation und Kontrollierung des Wirtschaftsgetriebes. Wie diese Maßnahmen durchgeführt werden und inwieweit das Interesse der Arbeiterschaft dabei Berücksichtigung findet, wird hauptsächlich davon abhängen, welchen politischen Einfluß die Arbeiterklasse und ihre, die sozialdemokratische Partei auf die Staatsgewalt besitzt. Je mehr die kapitalistische Wirtschaft unter staatliche Aufsicht gelangt, desto mehr muß die Sozialdemokratie bestrebt sein, durch eine kraftvolle und ihres Zieles bewußte Organisation politische Macht zu gewinnen.